

Val-Parghera-Rüfe kostet Millionen

Chur. – Die Folgen der Verwüstungen im Bereich der Val-Parghera-Rüfe sind schmerzhaft. Allein zur Lösung der akuten Gefahrensituation auf der Kantonsstrasse Chur-Domat/Ems sind Kosten «im Bereich von über einer Million Franken» aufgelaufen, wie der zuständige Regierungsrat Mario Cavigelli gestern vor den Medien sagte. Dazu kämen noch nicht bezifferbare «sehr hohe» Kosten für die längerfristige Sicherung des Tobels. Wer für die Schäden aufkomme, sei offen, so Cavigelli. Dazu würden Gespräche der Gemeinden Domat/Ems und Chur mit dem Kanton und dem Bund stattfinden. Daran teilnehmen werde auch die RhB, deren Bahnlinie ebenfalls betroffen sei. (so)

Herrenloses Quad aus Rhein geborgen

Maienfeld. – Taucher der Kantonspolizei Graubünden haben am Montagmittag ein vierrädriges Motorrad, ein sogenanntes Quad, aus dem Rhein bei Maienfeld geborgen. Eine Passantin hatte die Polizei gemäss einer Mitteilung auf das im Wasser treibende Quad aufmerksam gemacht. Wie das Fahrzeug in den Rhein gelangte, ist unklar. Ebenso sind die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt. Personen, welche Angaben zum Eigentümer des Fahrzeugs (Marke SMC, Farbe Blau) oder zu den Umständen, wie es ins Wasser gelangte, machen können, werden gebeten, sich mit dem Polizeiposten Landquart unter Tel. 081 300 68 50 in Verbindung zu setzen. (so)



Zeugen gesucht: Wem das Quad aus dem Rhein gehört, ist noch unklar. Bild Kantonspolizei Graubünden

Saisonale Zunahme der Arbeitslosigkeit

Chur. – Die Zahl der Arbeitslosen ist im April in Graubünden saisonal bedingt um 686 auf 2419 gestiegen. Die Quote entspricht bei 2,2 Prozent, wie das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit Graubünden (Kiga) gestern mitteilte. Zusätzlich wurden 1329 nichtarbeitslose Stellensuchende registriert. Von den 2419 Arbeitslosen waren 1199 Frauen und 1220 Männer. Die höchsten Arbeitslosenzahlen verzeichneten das Gastgewerbe (1139), das Baugewerbe (258) und der Detailhandel (162). 58 Langzeitarbeitslose wurden gezählt, einen weniger als im März. Im April hatten zehn Betriebe mit 133 betroffenen Arbeitskräften Kurzarbeit eingeführt. Gegenüber dem Vormonat mit 14 Betrieben und 190 betroffenen Arbeitskräften ist die Kurzarbeit gesunken. (so)

«Weniger ist mehr»: Initiative für nur eine Frühfremdsprache

Gestern hat ein zehnköpfiges Komitee in Chur die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule» präsentiert. Am Freitag wird mit der Sammlung der nötigen 3000 Unterschriften begonnen.

Von Denise Alig

Chur. – Das Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden sei so abzuändern und auszugestalten, dass in der Primarschule für den Fremdsprachenunterricht im ganzen Kanton folgende Regel gilt: «In der Primarschule ist nur eine Fremdsprache obligatorisch, je nach Sprachregion ist dies Deutsch oder Englisch.» Das fordert die gestern Chur lancierte Fremdspracheninitiative. Auslöser war laut Jöri Luzi, Vorsitzender des Initiativkomitees, die Sprachendebatte des Grossen Rates vom März 2012 im Rahmen der Totalrevision des Schulgesetzes. Der Rat beschloss, bei zwei obligatorischen Fremdsprachen auf der Primarstufe zu bleiben, nämlich bei Frühitalienisch ab der dritten Klasse und Frühenglisch ab der fünften Klasse. Dagegen stemmt sich nun ein prominent besetztes Komitee (siehe Kasten).

Mängel in der Erstsprache

Das Hauptargument der Initianten ist laut Luzi, «dass die Fähigkeiten von Schulabgängern in der Muttersprache zum Teil sehr schwach sind». Auch viele Lehrmeister bemängelten die ungenügenden Kenntnisse in der Erstsprache, sagte er gestern vor den Medien in Chur. «Um die Muttersprache gezielt fördern zu können, soll die zweite Fremdsprache erst in der Oberstufe erlernt werden.» Die Wirtschaft könne so von sprachlich kompetenteren Mitarbeitern profitieren.

Als Zweites verwiesen die Initianten auf «die ungenügende Erfolgsbilanz des Frühitalienischen». «Trotz der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, trotz Evaluationen und neuen Lehrmitteln – zu Beginn der Oberstufe beginnen wieder alle von vorne», sagte Mitinitiant Urs Kalberer. Im Übrigen sei die These, wonach Kinder Sprachen leichter lernten, durch Studien widerlegt worden, betonte Mitinitiantin Seraina Gruber-Stecher. «Ein späterer Beginn des Fremdsprachenunter-



Wie im Schulzimmer: Das Komitee für die Fremdspracheninitiative – im Bild Urs Kalberer und Ludwig Caluori (von links) – hat den Initiativtext in Schulschrift auf der Wandtafel festgehalten. Bild Olivia Item

richts führt zu besseren Resultaten.» Überdies benachteilige eine sprachlastige Primarschule die Knaben. Ferner wurde auf eine bei den Bündner Lehrpersonen durchgeführte nicht repräsentative Umfrage hingewiesen, in der sich 90 Prozent der Teilnehmer für nur eine Fremdsprache aussprachen.

«Sonderfall Graubünden vermeiden» Regierungsrat Martin Jäger warnte gestern auf Anfrage vor der «Schaf-

fung eines Sonderfalls Graubünden». Dabei verwies er auf den im Juni in Konsultation gehenden nationalen Lehrplan 21. «Endlich wird das Bildungssystem in der Schweiz harmonisiert, die Arbeiten am Projekt wurden seriös vorangetrieben und bieten eine gute Grundlage für ein funktionierendes Schweizer Schulsystem, da sollte Graubünden nicht ausscheren.» Der Lehrplan 21 basiere auf dem breit abgestützten Harnos-Konkordat und

dieses sehe zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe vor. «Vom Genfersee bis zum Bodensee arbeiten in Zukunft alle Schulen nach dem gleichen Lehrplan, verfolgen die gleichen Lernziele und benutzen die gleichen Lehrmittel», so Jäger. Wenn Graubünden da nicht mitmache, bestehe die Gefahr, dass die Bündner Schüler mit denjenigen anderer Kantone leistungsmässig nicht mithalten könnten und man auch punkto Lehrmittel ein Sonderzüglein fahren müsse. «Das können wir unseren Kindern nicht zumuten.» Genauso verheerend wäre es laut Jäger, nach nur neun Monaten Erfahrung mit Frühenglisch, das System schon wieder zu ändern. Weiter unterstrich er, die Regierung habe im Auftrag des Grossen Rates bereits für den Fall vorgesorgt, dass ein Kind überfordert sein könnte. So bestehe die Möglichkeit, sich in begründeten Fällen vom Fremdsprachenunterricht dispensieren zu lassen.

www.fremdspracheninitiative.ch

Zehnköpfiges Initiativkomitee

Das Komitee, das gestern die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule» lanciert hat, setzt sich wie folgt zusammen: Jöri Luzi, Primarlehrer, Klosters (Vorsitz), Christian Aliesch, Rektor der Wirtschaftsschule KV, Chur; Ludwig Caluori, Grossrat CVP, Domat/Ems; Bruno Claus, Grossrat FDP Chur;

Andrea Davaz, Grossrat SVP, Fläsch; Andy Kollegger, Grossrat BDP, Chur; Urs Kalberer, Sekundarlehrer, Malans; Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband, Grüşch; Seraina Gruber-Stecher, Fachlehrperson, Klosters und Andreas Wieland, CEO Hamilton Bonaduz AG. (so)

Zu sorgloser Umgang mit Steuergeldern?

Andreas Wieland, CEO Hamilton Bonaduz, stört sich daran, dass der Kanton Graubünden für ein Aktienpaket der Repower zu viel bezahlt hat. Er fordert einen sorgfältigeren Umgang mit den Steuergeldern.

Von Petra Luck

Chur. – «Es ist unglaublich», schreibt Andreas Wieland in einem Leserbrief (siehe Seite 2). Die Bündner Regierung habe für ein Aktienpaket der Repower 34 Millionen Franken zu viel bezahlt. Das Paket hätte zu einem Schnäppchenpreis gekauft werden können. Dies, weil der Verkäufer Alpiq ein Sanierungsfall und dringend auf Bargeld angewiesen sei, so Wieland. Laut dem bekannten Wirtschaftsexponenten hat sich Alpiq mit Kraftwerk-Finanzanlagen im Ausland ins Abseits manövriert. «Ich bin nicht sicher, ob die Firma überleben kann.» Deshalb wären der Kanton Graubünden sowie der Stromversorger Axpo, welche Ende März von Alpiq eine 24,6-Prozent-Beteiligung an Repo-

wer gekauft haben, in einer guten Verhandlungsposition gewesen. Umso mehr, als dass der Kanton auch ein Vorkaufrecht auf den Aktien besass.

«Verhandelt worden ist aber offenbar nicht», sagte der Hamilton-Chef. Anders seien die zu viel bezahlten Millionen Franken nicht zu erklären, so Wieland.

Der Kanton Graubünden und der Stromversorger Axpo hatten je 85,6 Millionen Franken für ihre Hälfte der 24,6-Prozent-Beteiligung bezahlt. Als Ende April die Kaufsumme von total 171 Millionen Franken bekannt wurde, lag der Preis pro Aktie bei 155 Franken. Die Käufer hatten für eine Aktie jedoch 250 Franken bezahlt. Durch den Kauf hält der Kanton nun 58,3 Prozent der Repower-Aktien, Axpo kommt auf 33,7 Prozent.

Regierungsrat Mario Cavigelli bezeichnete den Kaufpreis der Repower-Beteiligung im Interview mit der «Südostschweiz» (Ausgabe vom 25. April) als «gut und realistisch». Dies sieht er auch heute noch so, wie er gestern betonte. Für den Regierungsrat ist bei einem solchen Kauf der Börsenkurs nicht die relevante Richtgrösse. Entscheidend sei der innere Wert des Unternehmens.



Andreas Wieland, CEO Hamilton Bonaduz AG.

«Der total überhöhte Kaufpreis für das Aktienpaket der Repower ist für mich unverständlich»

Einen Teil der Aktien will der Kanton zudem wieder veräussern. Als Ersatz für Alpiq stellt sich der Regierungsrat wieder ein Elektrizitätsunternehmen vor. Auch diesem Vorhaben steht der frühere Präsident von Graubünden Ferien skeptisch gegenüber: «Der Strommarkt ist im Keller und wird dort noch längere Zeit bleiben. Deshalb wird derzeit wohl niemand einsteigen.»

Ein weiterer Teil der Repower Aktien soll laut der Bündner Regierung in ein separates Gefäss des Kantons und der Gemeinden fliessen. Ebenfalls eine schlechte Idee, findet Wieland: «Welche Gemeinde will schon Aktien einer schwer handelbaren Beteiligungsgesellschaft kaufen, wenn sie dieselben Aktien deutlich billiger auch an der Börse kaufen könnte?»

70 Millionen für Grossprojekte

Sauer aufgestossen ist Wieland zudem die gestern von der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) in der SRF-Sendung «10 vor 10» geäußerte Forderung nach Subventionen für die Wasserkraft. Wie Regierungsrat Cavigelli, der die RKGK derzeit präsidiert, in der Sendung ausführte, möchten die Gebirgskantone ein Viertel aus dem Topf, mit dem der Bund Kleinwasserkraftwerke fördert, für die Realisation von «zweckmässigen und sinnvollen Grossprojekten» abzweigen. Jährlich also rund 70 Millionen Franken. Für Wieland geht das zu weit. Er fordert von der Regierung, dass sie künftig sorgfältiger mit dem Geld der Steuerzahler umgehen.

ANZEIGE

Neuauflage
OMIDIA
EUPHRASIA AUGENTROPFEN
Blutdruck
herblichste Formel

Erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Lesen Sie die Packungsbeilagen.
OMIDIA AG, 8400 Klosters GR
www.omidia.ch